



Niederschrift

über die 17. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 07.03.2023

Stadt Bitterfeld-Wolfen, Rathaus Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, 06766
Bitterfeld-Wolfen
Konferenzraum, 2. Obergeschoss

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 02.02.2023
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Informationen zur Situation einer Pflegeeinrichtung „Pflege AKTIV Sandersdorf-Brehna“ und zur Arbeit des Landespflegerates
- 9 Anhörung ausgewählter Fördermittelantragsteller: Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V. Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen e.V.
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 10.1 Grundsatzbeschluss des Kreistages zur Durchführung der Vollzugsaufgabe "bodengebundener Rettungsdienst" (Notfallrettung und qualifizierte Patientenbeförderung) im Rettungsdienstbereich des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ab dem 01.01. 2025 BV/0723/2023
- 11 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Frau Zoschke eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner und Gäste.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Alle Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung zu.

Punkt 4. Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

Frau Zoschke verpflichtet Herrn Genschke.

Punkt 5. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen.

Punkt 6. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 02.02.2023

Über die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgestimmt.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es gibt keine amtlichen Mitteilungen.

Punkt 8. Informationen zur Situation einer Pflegeeinrichtung „Pflege AKTIV Sandersdorf-Brehna“ und zur Arbeit des Landespflegerates

Frau Zoschke gibt den TOP 8 bekannt und erteilt Frau Laudien das Wort.

Frau Laudien stellt sich kurz vor und gibt ausführliche Informationen zu Problemen der Pflegedienste. Hierzu zählen die Löhne und der fehlende finanzielle Ausgleich durch die Pflegekassen, so dass die Eigenanteile der pflegebedürftigen Personen gestiegen seien. Hinzu komme der Fachkräftemangel. In ihren Ausführungen bittet sie, die Politik um Unterstützung.

Die gestiegenen Eigenanteile führen dazu, dass sog. Selbstzahler Abstriche bei der Pflege machen, z. B. nur noch einmal täglich, statt dreimal oder weniger/keine Tagespflege mehr.

Die geplante Pflegereform löse nicht die momentan bestehenden Probleme.

Bezüglich der Personen, die Leistungen der Sozialhilfe erhalten, äußert sie sich positiv über die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Soziales. Die SGB XII-Leistungsempfänger seien die „einfachsten Kunden“.

Frau Zoschke stellt an Herr Braunsdorf die Frage, ob festgestellt werden kann, dass sich die Anträge von älteren und alten Menschen häufen, weil sie für die Pflegekosten nicht mehr aufkommen können?

Herr Braunsdorf teilt mit, dass die Anzahl der Anträge sich erhöht hat.

Frau Zoschke stimmt den Ausführungen von Frau Laudien zu, betont aber, dass hier die falschen Ansprechpartner sitzen. Sie fügt hinzu, dass heute ein Landtagsabgeordneter an der Sitzung teilnimmt und er die Informationen in Richtung Land weitergeben kann. Eine der Ursachen ist, dass wir in der Pflege nicht genügend Geld haben und das die Pflegeversicherung ja nur eine Teilversicherung ist.

Herr Grabner schlägt vor, einen Brief an die Gesundheitsministerin des Landes zu schreiben, mit der Forderung, dass sie in der Bundeskonferenz den notwendigen Druck aufbauen, um dort die Pflegereform schneller anzuschieben und vor allem auch umzusetzen. Herr Grabner bittet um ein paar Eckdaten, wo es klemmt und was gegebenenfalls verbessert werden sollte.

Frau Wecke informiert über den sozialen Wohnungsbau und gibt hierzu Erläuterungen. Die Wohnungen sind sehr teuer und viele Pflegebedürftige haben eine niedrige Rente, also ein niedriges Rentenniveau.

Herr Wolkenhaar trägt vor, dass genügend Geld da sei und verwies auf die Zahlungen während der Corona-Pandemie. Es fehle am Willen, dieses Geld für pflegebedürftige Menschen einzusetzen.

Frau Laudien ihr Anliegen ist, dies öffentlich zu machen und die Leute zu informieren.

Frau Zoschke schlägt vor, zu versuchen die Träger der Einrichtungen mit mehr Politik zusammenzubringen und zu organisieren, dass wir uns regelmäßig treffen (Politik und Pflege), dass man sich austauscht und zielgerichteter Informationen weiterleiten kann, ggf. ein Pflegestammtisch im Landkreis Anhalt-Bitterfeld zu initiieren zwischen Politik und Pflegeeinrichtungen.

Frau Laudien teilt mit, dass der Landespflegerat Magdeburg regelmäßig Treffen anbietet, an unterschiedlichen Standorten und macht hierzu noch weitere Erläuterungen.

Herr Roi schlägt vor, die Pflegeproblematik im Kreistag zu behandeln.

Der Landrat erklärt, die Thematik sei weniger für den Kreistag, eher für den Landkreistag Sachsen-Anhalt.

Frau Zoschke schlägt vor, einen Brief an beide Gesundheitsminister (Land und Bund) zu schreiben.

Frau Zoschke bedankt sich bei Frau Laudien für ihre Ausführungen.

Punkt 9. Anhörung ausgewählter Fördermittelantragsteller: Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V. Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen e.V.

Frau Zoschke gibt den TOP 9 bekannt und teilt mit, dass Herr Kircheis nicht anwesend ist. Weiterhin waren eingeladen DRK Köthen und die Kleiderkammer Wolfen.

Frau Zoschke erteilt Frau Wecke das Wort.

Frau Wecke gibt ausführliche Informationen zu den Anträgen. Ein Bürgerbüro hat geöffnet. Hier wird bei Anträgen auf Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld u.a. geholfen. Hierzu werden 5 Stunden zusätzlich benötigt. Die Mitarbeiter werden geschult. Frau Wecke macht noch weitere Ausführungen zum TOP.

Frau Zoschke fragt nach, ob das DRK schon allgemeine soziale Beratung macht?

Frau Wecke antwortet, dass dies noch nicht der Fall ist, nur in kleinen Ausnahmefällen. Die Kollegen haben ihr Aufgabengebiet.

Frau Zoschke fragt nach, wann Frau Wecke offiziell damit anfangen wird?

Frau Wecke antwortet, offiziell ab 01.04.2023, mit einer Personalstelle (5 Stunden).

Frau Mädchen fragt noch einmal nach der Antragssumme 4.480 €?

Frau Wecke antwortet, dass die Antragssumme 5.601 € ist. Der Antrag an den Landkreis Anhalt-Bitterfeld sind 80 %, also 4.480,80 €.

Frau Mädchen fragt nach, ob dies durch die Verwaltung geprüft wurde und wir dies so bewilligen können.

Herr Braunsdorf bestätigt, dass dies geprüft wurde und soweit in Ordnung ist.

Frau Zoschke bedankt sich bei Frau Wecke für ihre Ausführungen und erteilt Herrn Kirschner von der Kleiderkammer Wolfen das Wort.

Herr Kirschner stellt sich kurz vor und berichtet über die Kleiderkammer in Wolfen. Der Ortsverein Wolfen finanziert sich selbst. Herr Kirschner stellt auch seine anwesenden Kollegen vor. Der Ortsverein hat 140 Mitglieder und bietet eine Erst-Helfer Ausbildung. Für die Kleiderkammer sind ehrenamtliche Mitarbeiter tätig. Zusätzlich gibt es noch eine Kleiderkammer für Flüchtlinge und für die Ukraine. Es werden zusätzliche Kräfte benötigt für die Sortierung der Sachen in der Kleiderkammer. Herr Kirschner bedankt sich bei Frau Wohmann, dass der DRK Ortsverein sein Anliegen im Ausschuss vortragen kann. Es sind 9.900 € für den Bundesfreiwilligen Dienst.

Frau Mädchen sagt, dass ihr andere Zahlen vorliegen. Wo sind die Verkaufserlöse, wo gehen sie hin? Dies steht nicht im Antrag.

Herr Faust teilt mit, dass bis im letzten Jahr zwei Arbeitskräfte und eine Arbeitskraft für à 10 Stunden in der Kleiderkammer sind, denn die ehrenamtlichen Mitarbeiter müssen auch eingewiesen werden. Herr Faust macht weitere Ausführungen zur Finanzierung. Die Lohnkosten sind gesunken und die Mittel der Komba sind nicht mehr vorhanden.

Frau Zoschke teilt mit, dass wir ein Problem haben, da wir noch die alten Zahlen haben. Der neue Antrag konnte noch nicht gesichtet werden, da dieser nicht vorliegt. Somit kann heute über die Kleiderkammer keine Entscheidung getroffen werden, da keine aktuellen Zahlen vorliegen. Dies wird dann in der nächsten Sitzung besprochen. Es muss aufgearbeitet werden, eine Abstimmung mit unserer Richtlinie muss erfolgen und dann gibt es eine Empfehlung und dann kann auch was ausgezahlt werden.

Herr Kirschner fügt hinzu, dass der Altersdurchschnitt im Verein bei 70 Jahren liegt. Selbst der Vorstand ist ehrenamtlich. Es wird jemand benötigt, der auch tagsüber erreichbar ist und macht hierzu weitere Erläuterungen.

Herr Grabner sagt, dass die Notwendigkeit der Kleiderkammer uns schon bewusst ist, wo wir unterstützen können, machen wir das auch gerne. Herr Grabner schlägt vor, dass wir einen Termin vereinbaren, gemeinsam mit Frau Wohmann unter Hinzuziehung des Jobcenters, um zu schauen, welche Lösungen möglich sind.

Herr Faust, fügt hinzu, dass sie dafür offen sind. Die Kleiderkammer soll aufrechterhalten werden.

Frau Zoschke teilt dem Landrat, dass es mehrere Kleiderkammern gibt und alle die gleiche Chance bekommen.

Frau Steudel fragt nach der Beantragung des Bundesfreiwilligendienstes, nicht das es heißt ihr habe schon angefangen?

Frau Zoschke teilt mit, dass dies erstmal so beantragt werden kann.

Herr Faust fügt hinzu, dass es in Vorfinanzierung möglich ist, aber nicht auf Dauer. Hierzu wird Unterstützung benötigt.

Frau Zoschke informiert, dass in allen drei Sozialräumen immer nach Lösungen gesucht wird und dies bleibt auch dabei. Das Problem ist, dass wir nicht den überarbeiteten Finanzplan vorliegen haben, es ist noch der alte Plan. Er muss noch einmal angeguckt werden und es muss ein Abgleich mit der Richtlinie stattfinden. Es muss von der Mitarbeiterin ausgerechnet werden, welche Summe förderfähig ist und dann kriegt der Ausschuss diese Zahlen vorgelegt und dann kann entschieden werden. Der nächste Ausschuss ist am 1. Juni 2023.

Frau Mädchen fragt nach, ob dies nur Sachkosten sind oder auch Personalkosten?

Herr Faust antwortet, dass es Sach- und Personalkosten sind und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Herr Ehrlich gibt Informationen zu den Kleiderkammern und lobt deren ausgezeichnete Arbeit.

Herr Berger fragt nach, ob es möglich ist, wenn der Antrag in die Richtlinie passt und in das finanzielle Budget, dass wir, wenn wir dem heute zustimmen, die Entscheidung dem Landrat übertragen?

Frau Zoschke teilt mit, dass auch diese Möglichkeit besteht laut Richtlinie. Also wenn der Ausschuss nicht entscheiden kann, so kann der Landrat auch alleine entscheiden, muss uns dann informieren, was er entschieden hat.

Frau Wohmann begrüßt, dass wir uns nochmal zusammensetzen. Der Vortrag, auch mit dem Bundesfreiwilligendienst, ist heute ganz anders als wir dies im ersten Gespräch hatten. Damit ergeben sich ganz andere Grundlagen auch im Rahmen der Bewilligung.

Frau Zoschke liest alle Antragsteller zur „Fördermittelempfehlung des Sozialamtes des Landkreises Anhalt-Bitterfeld – nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen der Förderung und Unterstützung sozialer Einrichtungen, Dienst und Projekte“ vor und bittet um Abstimmung.

Folgende weitere Antragsteller sind noch in Prüfung:
Blinden- und Sehbehinderten-Verband Sachsen-Anhalt e. V.
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Zerbst e. V. und
Tafel Zerbst e. V.

Noch einmal einzuladen ist der Blinden- und Sehbehinderten-Verband Sachsen-Anhalt-e.V.

Bei den übrigen Anträgen hat der Ausschuss die Empfehlung ausgesprochen, die vorgeschlagenen Mittel zu bewilligen. Die Verwaltung kann bei Bestätigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsichtsbehörde die Bescheide rausschicken.

Herr Nowak fragt nach, ob dies auch für die Objekte zutrifft, die noch in der Prüfung sind?

Frau Zoschke weist noch einmal daraufhin, dass der Landrat, wenn der Ausschuss nicht entscheiden kann oder will, immer entscheiden kann. Der Landrat muss den Ausschuss immer informieren. Frau Zoschke gibt hierzu noch weitere Erläuterungen.

Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Frau Zoschke gibt den TOP 10 bekannt und erteilt dem Landrat das Wort.

Herr Grabner gibt ausführliche Informationen zum TOP. Er weist daraufhin, dass der Geschäftsführer einmal das Gespräch gesucht hat, welches ca. 45 Minuten dauerte. Wenn jetzt hier im Raume steht, dass Antworten gesucht werden auf gestellte Fragen, so weiß der Landrat nicht, wo sie gestellt worden sind. Der Landrat weist zudem daraufhin, dass auch bei der bisherigen Verfahrensweise offen ist, ob das DRK weiterhin Leistungserbringer wäre. Dies als Eingang zur Thematik von Seiten des Landrates.

Frau Zoschke teilt mit, dass der Landrat für die inhaltliche Beteiligung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgebracht hat. U. a. Herrn Donath, welcher den Fachbereich jetzt bearbeitet. Weitere Gästen sind Herr Dr. Eisewicht, Ärztlicher Direktor Rettungsdienst, und aus dem Fachbereich Controlling, welche die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit durchgeführt haben, Frau Kamli und Herr Storch.

Herr Storch gibt ausführliche Informationen zur Wirtschaftlichkeit.

Herr Grabner gibt Erläuterungen zum Positionspapier vom DRK in Sachsen-Anhalt. Es scheint vom Landesverband zu stammen, Bekanntgabe in der Volksstimme und in der MZ. Es ist gespickt mit Halbwahrheiten (gegen eine Verstaatlichung) und macht hierzu weitere Ausführungen.

Frau Zoschke fügt hinzu, dass der Kreistag eine Entscheidung treffen muss und es muss genau überlegt werden, welche Entscheidung getroffen wird. Bei dieser Summe muss dies europaweit ausgeschrieben werden. Frau Zoschke macht hierzu noch weitere Ausführungen und nennt Beispiele.

Herr Donath fügt hinzu, wenn man sich für die Konzession entscheidet, sollen die Organisationen, die im Katastrophenschutzgesetz im Land Sachsen-Anhalt genannt sind, herangezogen werden. Es ist keine Vergabe, sondern ein Auswahlverfahren.

Frau Zoschke teilt mit, dass Frau Wecke Teil der Liga ist.

Frau Wecke gibt noch einmal Erläuterungen zum genannten Thema und spricht die Wirtschaftlichkeitsanalyse an. (Leistungserbringer)

Frau Wecke stellte diverse Fragen.

Frau Zoschke teilt mit, dass sie die Information vom Landrat hat, dass die von ihr gestellten Fragen, Herr Donath beantworten kann.

Frau Mädchen fügt hinzu, dass dies kostenmäßig keine Vorteile für den Landkreis bringt, sondern andere Gründe. Frau Mädchen hätte sich gewünscht, dass was Frau Wecke angesprochen hat, bereits im Vorfeld gemacht hätten und gibt weitere Erläuterungen dazu.

Frau Mädchen hält die Entscheidung für sehr kurzfristig, hätte sich gern mehr Bedenkzeit erbeten.

Frau Zoschke fügt hinzu, dass die Fragen, welche Frau Wecke gestellt hat, sich jedes Jahr in einem Gespräch zwischen dem Leistungserbringer und dem Landkreis gewünscht hätte, wo stehen wir, wo ist Hilfebedarf, wobei stehen bestimmte Notwendigkeiten.

Herr Donath gibt Antwort auf die Frage der Konzession von Frau Mädchen.

Weiterhin gibt Herr Donath ausführliche Antworten zu den gestellten Fragen von Frau Wecke.

Frau Zoschke fügt hinzu, dass nicht heute alle Probleme aufgeklärt werden können und gibt Erläuterungen zum Landkreis Harz.

Herr Roi fügt hinzu, dass die Fragen, welche Frau Wecke gestellt hat, sich auf die Analyse bezieht. Er schlägt vor, dass dies auch Thema für den Ausschuss ist und sich damit beschäftigt, wo stehen wir (Qualitätsfragen). Herr Roi macht weitere Ausführungen zu Personalkosten, Konzession befristet; hier kommt die Konzession schlechter weg. Herr Roi gibt weitere Hinweise zur Vorlage.

Herr Storch beantwortet erläuternd die Fragen und Bemerkungen von Herrn Roi.

Herr Roi spricht noch einmal die Personalkosten an. Verdienen die Mitarbeiter besser oder nicht? Wo verdiene ich mehr?

Frau Zoschke fügt hinzu, dass sie glaubt, dass die Wirtschaftlichkeitsanalyse nicht gemacht wurde auf Grundlage einer Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies war nicht der Auftrag und gibt weitere Erläuterungen. (Führung Personal, Nutzen Personal)

Herr Storch macht weitere Ausführungen zu den anstehenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Wolkenhaar gibt auch weitere Informationen und bringt Beispiele, welche Dinge man betrachten muss. Er schlägt eine Diskussion vor, was für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld ab 01.01.2025 am besten ist. Er ist der Meinung, dass man den Eigenbetrieb nicht außen vorlassen soll, wie man dies in der Vergangenheit getan hat. Man sollte sich alle Vor- und Nachteile anschauen.

Frau Ludwig verlässt um 20.25 Uhr die Sitzung.

Herr Nowak beteiligt sich an der Diskussion.

Herr Dr. Eisewicht spricht über die finanzielle Seite und über das Pflegepersonal im Krankenhaus sowie über die Mitarbeiter im Rettungsdienst und macht weitere Erläuterungen.

Herr Krillwitz fragt an, wieso immer vom Eigenbetrieb gesprochen wird und nicht von einer GmbH? Weiterhin spricht er auch die Sach- und Personalkosten an. Er informiert auch über den Rettungsdienstfahrer, welcher in Bitterfeld, Köthen und Zerbst eingesetzt ist und macht hierzu weitere Erläuterungen.

Frau Zoschke teilt mit, dass heute ein Teil der Fragen hier beantwortet werden kann. Der Kreistag am 30. März 2023 einen Grundsatzbeschluss fasst und danach wird es noch eine Menge Arbeit für den Kreistag und den Ausschuss geben. Frau Zoschke macht hierzu weitere Erläuterungen.

Herr Storch informiert über die Arbeitsbedingungen, Bestandspersonal und Dauer der Arbeitsverhältnisse, verschiedene Tarifverträge sowie über Sachkosten und gibt weitere Erläuterungen.

Herr Donath spricht das Rettungsdienstgesetz an und gibt dazu Erläuterungen.

Herr Vollmann spricht die Zeitschiene an und gibt auch hier weitere Erläuterungen.

Frau Zoschke gibt den Hinweis, dass nicht über das Ehrenamt entschieden wird, sondern über das Hauptamt, den bodengebundenen Rettungsdienst.

Herr Wolkenhaar fügt hinzu, dass viele Fragen der Finanzierung und der Kosten nicht geklärt werden, dies zahlen die Krankenkassen und gibt hierzu noch weitere ausführliche Erläuterungen.

Herr Roi spricht die Beschaffung der Fahrzeuge an, wenn ein Eigenbetrieb gegründet wird. Er fragt nach, ob es hier Überlegungen gibt, wie dies laufen soll und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Frau Zoschke fügt hinzu, dass erstmal ein Grundsatzbeschluss gefasst werden muss. Danach wird es eine Menge Anträge an Beschlussvorlagen geben.

Herr Roi möchte vorher wissen, ob wir dies hinkriegen.

Herr Donath geht auf die Fragen von Herrn Roi ein und gibt hierzu weitere Erläuterungen zum Eigenbetrieb.

Herr Roi spricht noch einmal die Finanzierung an.

Herr Donath spricht über die Bürgschaften und gibt weitere Erläuterungen.

Herr Roi spricht an, dass wir die Kosten beim Eigenbetrieb alle wieder reinholen in den Verhandlungen mit den Leistungsträgern. Es werden Mehrkosten bei einem Eigenbetrieb für die Verwaltung benötigt.

Herr Donath weist auf das Organigramm hin und gibt weitere Erläuterungen.

Herr Roi fragt nach, wo die Mitarbeiter zukünftig eingesetzt sind? Er gibt Informationen aus der Vorlage.

Herr Nowak spricht nochmal die Zeitschiene, Fahrzeuge, Verwaltungskosten an und gibt weitere Informationen. Er betont, dass das Personal für einen Eigenbetrieb vorhanden sein muss.

Frau Mädchen spricht über die 130T einmaligen Kosten und fragt nach, ob dies jetzt die Haushaltsstellen sind, welche jetzt beschlossen werden, also daraus finanziert werden? Sie äußert sich dazu, dass die Beschlussvorlage im Januar schon vorgelegt werden können, dann wäre mehr Zeit gewesen.

Herr Grabner gibt den Hinweis, dass es nicht früher möglich war, die Wirtschaftlichkeitsanalyse aufzustellen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung konnte erst Ende Februar fertiggestellt werden.

Frau Wecke spricht diverse Themen noch einmal an, wie Kostenträger, Ausstattung von Fahrzeugen, Rettungsdienst, Gesundheit der Mitarbeiter, wo Mitarbeiter eingesetzt werden und wo sie einstellt werden.

Herr Ehrlich findet es nicht in Ordnung, dass der Verwaltung unterstellt wird, dass zu lange Zeit verstrichen ist und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Frau Zoschke bittet um Abstimmung durch die Ausschussmitglieder.

Die Ausschussmitglieder stimmen wie folgt ab:

- 6 Ja-Stimmen**
- 1 Gegenstimme**
- 1 Stimmenthaltung.**

Somit ist dies an den Kreistag überwiesen.

Punkt 10.1. Grundsatzbeschluss des Kreistages zur Durchführung der Vollzugsaufgabe "bodengebundener Rettungsdienst" (Notfallrettung und qualifizierte Patientenbeförderung) im Rettungsdienstbereich des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ab dem 01.01. 2025
Vorlage: BV/0723/2023

Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen und Anregungen durch die Ausschussmitglieder.

Frau Zoschke bittet alle anwesenden Gäste die Sitzung zu verlassen.

Die Nichtöffentlichkeit ist hergestellt.

Dagmar Zoschke
Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses

Christine Frühauf
Protokollantin